Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(10.2.1976) Drucksache 9/55

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / **55 S**
10. 02. 76

Große Anfrage der Fraktion der FDP

Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen hat die Bremische Gesellschaft in den Jahren 1973, 1974 und 1975 in Ausführung ihres Sanierungsauftrages unternommen?
2. Welche öffentlichen Mittel sind der Gesellschaft bisher zugeflossen?
3. Steht die Höhe dieser Mittel in einem angemessenen Verhältnis zum erzielten Arbeitsergebnis?
4. Beschränkt die Gesellschaft im Gebiet Ostertor ihre Tätigkeit gegenwärtig auf die Objektsanierung, weil sie die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Flächensanierung nicht für gegeben hält?
5. Warum hat der Senat diese Voraussetzungen bisher nicht geschaffen?
6. Wann wird der Senat die entsprechenden Pläne der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorlegen?
7. Sind die Bemühungen der Gesellschaft um einen Auslandsauftrag dadurch veranlaßt worden, daß sie durch die Sanierungsaufträge nicht ausgelastet ist?
8. Darf die Gesellschaft nach dem Gesellschaftszweck im Zusammenhang mit Baumaßnahmen im Ausland tätig werden?
9. Wären vor der Übernahme einer solchen Aufgabe durch die Gesellschaft eine Erweiterung des Aufgabenbereichs der Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag und ein Beschluß der Stadtbürgerschaft gemäß Art. 101 der Bremischen Landesverfassung erforderlich?
10. Müssen diese Voraussetzungen auch geschaffen werden, wenn ein Dritter einen solchen Auslandsauftrag erhält und die Gesellschaft oder einzelne ihrer Arbeitnehmer in die Bearbeitung dieses Auftrages einschaltet?
11. Ist vorgesehen, daß die Gesellschaft oder einzelne ihrer Arbeitnehmer in irgendeiner Form an einem Bauprojekt in Algerien beteiligt werden?
12. Trifft es zu, daß entgegen den ursprünglichen Verlautbarungen des Senats und der Geschäftsführung der Bremischen Gesellschaft die algerische Seite einen Vertragsschluß mit der Gesellschaft nicht gewünscht hat?
13. Hält es der Senat angesichts dieses Sachverhalts und der Tatsache, daß die Voraussetzungen im Sinne der Fragen 8. und 9. nicht gegeben waren, für gerechtfertigt, daß leitende Angestellte der überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanzierten Bremischen Gesellschaft kostenaufwendige Reisen nach Algerien unternommen haben?
14. Sieht der Senat sich im Hinblick auf die zur Zeit unzureichende Kapazitätsauslastung der Gesellschaft veranlaßt, der Stadtbürgerschaft Vorschläge zu unterbreiten, die Gesellschaft zu verkleinern und damit den Haushalt zu entlasten?

Lahmann und Fraktion der FDP

Druck: Bremer Nachrichten GmbH